

# Der Grundstein

# Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbundes  
Verkündigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit.“ Bischöfliches

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 2 (ohne Bestell-  
geld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 240

Herausgegeben vom  
**Deutschen Bauarbeiterverbande**  
Hamburg 25. Maifür 1

Schluß der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr.  
Vereins-Anzeigen werden mit 30,- für die drei-  
gefallwerte Beiträge oder deren Dauer befreit.

## Eine Werbenummer

**Die Weidenkammer**  
soll die am 25. Mai erscheinende Nr. 21 des „Grundstein“ werden. Sie wird nur vier Seiten stark und soll das sonst übliche Frühjahrsblatt erschaffen. Die Nummer soll außer unsern Mitgliedern auch allen unorganisierten Bauarbeitern zugestellt werden. Zu diesen Zwecke ist es nötig, daß alle Zweigvereine, die noch unorganisierte Bauarbeiter in ihren Gebieten haben, die für diese extra erforderlichen Exemplare des „Grundstein“ beim Verband vorstande umsonst hestellen.

## Zuckerbrot statt Reitsche

Die Zeit des Sozialistengesetzes, während der Bismarck die sozialdemokratischen Arbeiter mit der Hungerpeitsche züchtigte und ganz unbedenklicherweise auch die Gewerkschaften niederknüppeln suchte, schloß mit einem entschiedenen Misserfolg ab. Es war ein verunglücktes soziales Experiment, das zu denken gab. Als ein neuer Kaiser den Thron bestieg, wurde ein neuer Kurs eingeschlagen, und Bismarck, der Vertreter der Gewaltspolitik, verschwand in der Verfassung. Damit war allerdings der alte Kurs noch lange nicht abgetan. Wie der langjährige Leiter der Presseabteilung unseres Auswärtigen Amtes, Theophil Otto Hammann, in seinen fürstlich vertraulichen Lebenserinnerungen erzählte, war der junge Kaiser allerdings ein Mann der Verjährung, und hatte den besten Willen, sich mit der Arbeiterschaft zu verständigen; aber er stand noch viel zu sehr unter dem Einfluß rücksichtsloser und sozialmenschlicher Elemente, die kräftig und andauernd den roten Lappen schwangen und das Gespenst einer blutigen Revolution an die Wand malten. Daraus erklärte sich die schwunzende Haltung des Kaisers für die Arbeitersbewegung im allgemeinen und der Sozialdemokratie im besonderen. Die Amtsnachfolger Bismarcks, Caprivi und Hohenlohe, waren Anhänger einer Verjährungs- und Friedenspolitik, wie aus Neuerungen hergelebt. Die Hammann wiedergibt. Allmählich, so hauptete er, habe die Regierung umgelenkt und eingesehen, daß mit den Niederwertern und Niederdränglern dieser Bewegung auf die Dauer nichts erreicht werde, daß es vielmehr darauf ankomme, die Arbeiter durch eine entsprechende Behandlung für den Staatsgedanken wiederzugewinnen und die praktische Erfahrung und Täglichkeit der Arbeiterverteile für das Allgemeinwohl nutzbar zu machen. Der Verfaßer schließt mit der Behauptung, daß diese Verständigungspolitik, die zeitweilig allerdings durch das Ungeheiß und die Voreite maßgebender Stellen gefährdet worden sei, schließlich doch Erfolg gehabt und zu dem erfreulichen Ergebnis geführt habe, daß die deutsche Arbeiterschaft beim Ausbruch des Krieges das Vaterland nicht im Stich gelassen habe. Und er erwartet, daß dieser neue Kurs von Dauer sein werde.

Unterfassung ist die Stellung, die die Sozialdemokratie zu dieser Auseinandersetzung einnimmt. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ meint, daß die grundfäßliche Stellungnahme der Sozialdemokratie und auch der Gewerkschaftsbewegung gegenüber den bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen trotz aller Anbiebungen wohlgemerkt keine Aenderung erzeugen werde. „Es dürfte sich zeigen,“ so heißt es in einem Artikel, „besonders in der schwierigen Übergangszeit nach dem Kriege, daß ebensoviel das Bemühen derjenigen bürgerlichen Kreise ein vergebliches gewesen ist, die alten Herrn Hammann im Wege freundlicher Ueberredung aus „Beschäftigungsfreuden“ mähten, als auch der regierungsfest unternommene Versuch, die Sozialdemokratie mit Hilfe der Jubiläumsgesetzgebung politischer und sozialpolitischer Beweisrungscharakter der Lohnarbeiterklasse zur Absehung von ihrem Grundsatz unbedingter Opposition zu veranlassen. Somit wird, um einen gebedihtigen Fortgang der Gütererzeugung zu sichern, kaum etwas anderes übrig bleiben, als das Bestreben, die Hauptgruppe der sozialdemokratischen Wirtschaft, nämlich die Lohnarbeiterklasse, in erheblich vermehrte

ter Weise, als es bisher geschehen, von der Unerschöpflichkeit der Grundlagen unserer Wirtschaftsform zu überzeugen, um sich derart zu fristlicher Nachprüfung der ihm bisher von ihren politischen Führern eingerichteten Anfangsweise zu veranlassen. Freilich darf es in dieser Hinsicht keineswegs nur bei dem Verlust seines Bewebens haben, in rein theoretischer Weise aufklärend zu wirken. Vielmehr wäre ja zu unterscheiden, inwieweit es angängig ist, die Unbereininstimmung des Interesses von Unternehmern und Arbeitern am Ertrag ihres Gütererzeugungs praktisch darzutun. Unleugbar hat die sozialdemokratische Bewegung bislang besonders den Umstand Kapital zu schlagen vermocht, daß der Arbeitgeber als reines Lohnempfänger, im Gegensatz zu dem überwiegenden Mehrzahl der frei schaffenden Erwerbsklassen, an den Vergängen des Wirtschaftslebens, an Handel und Handel, doch nur unmittelbar beteiligt war. Gewinn und Verlust hielten ihn im Einzelfalle gar nicht, ebenso doch nur in verhältnismäßig geringer Menge. Die einzige Quelle seines Einkommens war der Arbeitslohn, und gegen sein Vorsteben überwiegend diente, dieses Lohn unabhängig von jeglicher Maßnahmen auf das Geschäft des Unternehmens, für das er tätig war, nach Möglichkeit zu steigern, ein an sich durchaus erklärlicher Zug, der aber von der sozialdemokratischen Führung als einer der wichtigsten Träger ihrer politischen Befähigung in Rechnung gestellt und ausgenutzt wurde. Der Klassenkampfstandort schuf eben an der Tatstunde, daß die Lohnempfänger in diesem Sinne eigentlichster Bedeutung einer Klasse für sich bilden, die vollkommen geprägte Interessen verfolgt, und damit ganz von selbst in eine Frontstellung, vor allem gegenüber dem Unternehmerum, gedrängt wird.

Es soll also der Versuch gemacht werden, die Besitzenden bei Seite zu legen und die Arbeiter durch Budeckert von ihrem Klassenstandpunkt abwändig zu machen und zum Kapitalismus zu holen. Zu dem Zwecke soll versucht werden, die Arbeiter an der Ertragswirtschaft zu bereitstellen und sie auf diese Weise zu der Überzeugung zu bringen, daß sie nicht bloß Lohnempfänger sind, sondern auch ein

weiter in der Lage sein werden, kleine Altten zu kaufen. Sodann erscheint dies Rodmittel überhaupt zu plump, um auf den Menschen, klassenbewußte Arbeiter in der gewöhnlichsten Richtung einzutun. Die deutschen Arbeiter, die durch die Schule der Organisation gegangen sind und einen Einblick in das wirtschaftliche Geschehen genommen haben, haben, sofern sie nicht so leichtgläubig sind, wie Herr v. Reibnitz glaubt, sich die Gegenseite zwischen Kapital und Arbeit doch zu groß und dazu bringt unter politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben doch viel zu viel Verzerrungen mit. Sie wissen, daß die Arbeiter und Arbeitgeber immer von neuem wieder mit der Rati auf die Unvereinbarkeit kapitalistischer und proletarierlicher Interessen stoßen. Die vielerachteten Harmonie zwischen Kapital und Arbeit zeigt sich in der Wirtschaft immer wieder als eine lächelnde Dissonanz.

Besonders nach Beendigung des Krieges wird der Gegenseitigkeit zwischen Kapital und Arbeit wieder deutlich deutlich treten. Die Kapitalisten machen schon heute kein Hehl mehr daraus, daß sie die Absicht haben, den notwendigen Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens auf Kosten des Proletariats vorzunehmen. Die Arbeiter und Arbeitgeber müssen stärker angepaßt und nichtehr entlohnungswürdig, während das Kapital nicht geneigt ist, auch nur auf einem kleinen Teil seines Gewinnes zu verzichten. Auch von einem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben, einer Wirtschaftsdemokratie, will das Unternehmertum nichts wissen, und wie sich die Oberschichten zur Gleichberechtigung in Staat und Gemeinden stellen, ist ebenfalls bekannt genug. Obendrein scheint es bisher zu sein, daß viele Dehörsen lieber den alten Ausruf forschieren werden, als daß sie sich dem neuen Ausruf anschließen. Da wird es dann vielleicht nicht an den Staat fehlen, der dem Proletariat stets von neuem ins Bewußtsein bringt, auf welche Seite sein Hitler-esse liegt. Dieses Klassebenenbewußtsein, das der Ausdruck der Klassegenegenseitigkeit ist, muß ausgedrückt bei uns, als daß eine Bewirksamkeit des Klassenkampfes und einer Verstärkung der Gegenseite möglich wäre. Und so kann man, ohne ein großer Prophet zu sein, doch wohl vorausnehmen, daß das deutsche Proletariat, das sich allen Weltbewegungen zum Trost nicht gehegt hat, hier auch durch das Judentum, das man ihm bietet, nicht irreversibel lassen wird.

## Was ist Bevölkerungspolitik?

Wer nicht mit Weisheit geschlagen ist, wird im Gegenteil zu den Politikern der alten Schule und gewisser freiheitsfeindlicher Cliquen erstehen, doch der Krieg in der ganzen Anwendung unseres gesellschaftlichen Doctrins eine revolutionäre Umwälzung herbeiführen müste. Vor allem hat die ungeheure Menschenvernichtung der letzten Jahre zur Folge gehabt, daß die Arbeit und mit ihr das arbeitende Volk jetzt öffentlich einer sozialistischen Bewertung für sich in Anspruch nehmen kann. Arbeit und Natur sind die Quellen alles Reichtums und die Grundlage aller Kultur einer Volksgemeinschaft. Nur durch Arbeit ist wieder herzustellen, was zerstört und vernichtet war, und das ganze Produktions- und Wirtschaftssystem ist neu geordnete Wohnen zu lenken. Daher steht bei der Neuordnung unseres öffentlichen Lebens das Problem der sogenannten Bevölkerungspolitik im Vordergrund, gleichbedeutend mit der Aufgabe: Die geistige und materielle Werte erzeugenden Menschenkräfte zu vermehren und deshalb die Volksnahrung mit allen jütlisch erlaubten Mitteln zu fördern. Die Grundlagen dieser Politik, die auch als „Wohlfahrtsheitspolitik“ bezeichnet werden kann, sind die Witterungs- und Säuglingsfürsorge, die Familienstaatlichkeit und die Wirthschaftsreform. Es ist zu erwarten, daß man sich dabei endlich von dem Vorurteil gegen die uneheliche Wirthschaft freimachen wird. Ein Zusammenhang mit diesen großen Problemen steht aber noch andere Aufgaben und Fragen, die, wie die Volksernährung und der Arbeitsmarkt, unbedingt zu lösen sind.

In der Zeit langer Friedensjahre suchten Vertreter der bestehenden Klasse oder der sogenannten „Herrenklasse“, den gesellschaftlichen Wert des Menschen durch die geldlichen Kosten der Ausziehung, wie die Ausgaben für Nahrung, Schule, Lehrgebühr, Studien usw. festzulegen. Die größere Stütze sollte daher gegeben werden, um

und das Maß der daraus hervorleitenden Rechte einzuschätzen. Dabei überzeugt man unverkenbar absichtlich, daß der Mensch nicht nach dem äußeren Schein, sondern, entsprechend seiner Erziehung, nur nach seiner Leistung für die Volksgemeinschaft bewertet werden muß. Auch der künstlich konstruierten Überlebensförderungstheorie, die von Zeit zu Zeit vor dem Krieg öffentlich erörtert wurde, liegen realitätsnahe Motive zugrunde. Ohne sich der Beschäftigung von anderthalb Millionen ausländischer Arbeiter in Deutschland zu erkennen, sucht man damit Arbeitslosigkeit, Lebensmittelverzweiterung, Wohnungsknot, Misserfolg der Kindererziehung usw. zu erklären und bezeichnete kriegerische Ereignisse, Volksfeinden, Zunahme der Kinder- und der sonstigen hohen Sterblichkeit als natürliche Regulatoren der Bevölkerungsvermehrung. Man begründete auch die Notwendigkeit des Besitzes überseeischer Kolonien mit der Bevölkerungsrechnung. Ohne dem Deutschen Reich den Besitz von Kolonien absparen zu wollen, dürfte es doch wohl sehr fraglich sein, ob sich jemals eine nennenswerte „Überwölfung“ nach diesen Landesteilen wird ableiten lassen.

Die jetzt eröffnete Bevölkerungspolitik, wobei den Reichstage, der Gesetzgebung, den Kabinetten und nicht zuletzt auch den Gewerkschaften wichtige und doppelseitige praktische Aufgaben zugeteilt sind, ist durchaus nicht neu. Nach jedem Krieg und nach jeder Seuche mit beträchtlichen Menschenverlusten ist „Bevölkerungspolitik“ getrieben worden. Selbst die Naturkatastrophen durch Feuerwehr, Tönen von schwärmenden Kindern und Greisen „helfend“ eingreifenden Andernteile haben zu allen Zeiten Vorfahrt, Fürsten und Staatsleiter mit mehr großzügigem Blick für ihre menschenarmen Landesteile im wirtschaftlichen und militärischen Interesse Bevölkerungspolitik getrieben. Gänge und Wissenskästen drängten man, aus doppelseitigen Gegenden nach weniger bewohnten auszumwandern. Ein Bild zu dieser Erziehung zeigt die Wissensförderung der Hinterwälder, auch vereinzelter achtbafter Vorfahrtswanderer Wissenskästen vor und in den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung. Auch die Geschichte der neueren Zeit gibt hierzu reich interessante Beispiele. Abgesehen davon, daß es schon in der Reformationszeit als ein offenes Geheimnis galt, wenn Jüdinnen und Juden frischige Würstchen mit Frauen im Konfubinat leben. Wir wissen, wie stark Luther mit seinen Prinzipien dagegen auftrat. Nach dem Dreißigjährigen Kriege, als Städte und Dörfer zerstört und menschenleer waren, wurde den Kämmern sogar sofort oder auch während des Zusammenlebens mit zwei oder drei Frauen gestattet. Durch behutsame und geistige Beeinflussung wurde den Frauen der Verlust mit Männern und die Kindererziehung nahegelegt. Wir wissen, wie eingehend die Fürstentümer die Auswanderung der Protestanten aus Tirol, Bayern und aus Frankreich (Hugenottenauströmung) nach ihren Landesteilen begünstigten und so ihren Landeskinder frischen Blut zuführten, oder sonst die gesellschaftliche Zucht und Auswahl an unterstehen wußten. Friedrich Wilhelm I. in Preußen und andere, wie auch sein großer Sohn Friedrich II. förderten die Verheiratung von gebundenen, großen und starkebundenen Personen. Dem Geist der Zeit entsprechend, wurde hier die rationelle Menschenvermehrung wie vom Standpunkt der Riechende betrieben; wobei aber immerhin nicht die Methode, sondern der Erfolg als das entscheidende angesehen sein wird.

Zum Übrigen ist es eine enge Wahrschheit, daß der Krieg als ein Unglück für alle Männer, unter den Tageläufen und Kräftigsten zuerst und gulekt unter den Schwächungen auftrat. Ein längerer Krieg bedeutet deshalb für jedes ziegführende Volk den Beginn einer Degeneration. Der jetzige Krieg hat ungeheuer viele gefundene, starke, zeugungsfähige und intelligente Männer aus allen Klassen der Bevölkerung vernichtet. Nach der absoluten Zahl ist dabei die Arbeiterschaft am stärksten betroffen; jedoch wird sich später das ganze Bild noch in einem anderen Lichte zeigen. Hochwertige Kräfte aus den Kreisen der Intellektuellen, wie Dozenten, Hochschullehrer, Künstler, Techniker, Ingenieure, Betriebsleiter, ebenso auch aus der Arbeiterschaft sind fast oder ganz verschwunden, oder sonst durch Krankheit und Siechtum unbrauchbar geworden, unersetzbar, oder erst nach Jahren zu ersetzen. Das bedeutet nicht nur eine Einbuße hinsichtlich unserer geistigen und stützlichen Erziehung, sondern auch einen unermesslichen Verlust zum wirtschaftlichen Neuauftreten unserer Volkswirtschaft. Der Aufstieg der Bevölkerung ist deshalb eine dringendeforderung der Zeit!

Das Deutsche Reich hatte im Jahre 1913 rund 67 Millionen und 1914 65 Millionen Einwohner. Als maßgebend für die Bevölkerungsvermehrung ist die Geburtenüberschuss anzusehen. Die durchschnittliche Zunahme der Bevölkerung betrug jährlich bei uns in den Jahren 1900 bis 1910 555 881 Personen. Im Jahre 1913 betrug die Zahl der Geborenen 1 604 593 und der Gestorbenen 1 600 793, demnach ergibt sich in dem letzten Jahre vor dem Kriege ein Überschuß von 823 600 Geborenen. Auf 1000 Einwohner kamen Geborene im Durchschnitt des Jahrzehnts: 1871/80 40,7, 1881/90 55,2, 1891/1900 37,4, 1901/10 33,0, 1911 29,5, 1912 20,1, 1913 28,3. Nur 1000 Einwohner kamen Sterbefälle: 1871/80 25,5, 1891/90 26,5, 1901/1900 23,5, 1901/10 19,7, 1911 18,2, 1912 16,4, 1913 15,8. Wir sehen hier eine außäufige Abnahme der Geburten und der Sterbefälle. Die Zunahme der Bevölkerung ist deshalb zu einem nicht unbedeutlichen Teil auf die Abnahme der Gestorbenen zurückzuführen. Nach den Befreiungsmeldungen vom 16. Februar dieses Jahres teilte die preußische Regierung im Abgeordnetenhaus den bevoelkerungspolitischen Ausbau mit, daß der Geburtenausfall im Kriege weit höher sei als die Zahl der Gestorbenen, und daß die Geburtenzahl auch nach dem Kriege den früheren Stand nicht erreichen dürfe.

Ein Fazit ist es, wenn sichliche Kreise glauben, die Kinderaufzucht fördern zu können, wenn der religiöse Glaube gestärkt werde. Entscheidend ist die soziale Lage der großen Masse des Volkes. Und im übrigen lehnen die Erfahrungen, daß mit einer starken Zunahme der Geburten auch eine Zunahme der Kindersterblichkeit, besonders in den ersten Lebensjahren, verbunden ist. Die Zeit der Vielkinderei ist unverkennbar vorbei. Jetzt heißt es, mit allen Mitteln gegen Volkschäden, wie Krankheitsgefahren, wirtschaftliche Not, Arbeitslosigkeit usw., die Menschenökonomie und die Lebensbedürfnisse der Geborenen zu fördern. Dabei wird die politisch-geographische Lage Deutschlands gegenüber dem östlichen Nachbar mit den sehr fruchtbaren slawischen Wissensmännern nicht unerachtet zu lassen sein. Die „Slawische Welle“ bedeutet eine nicht unbedeutende Gefahr für den Bestand des Deutschen Reiches. Die Bevölkerungsanzahl des russischen Staates betrug zum Beispiel für 1910 138 899 Personen. – Wie im „Reichsarbeitersblatt“, Band 9, 1911, sehr gut ausgeführt wird: „Wodring die Erhöhung einer gebundenen Bevölkerung durch eine durchschnittliche Erhöhung der produktiven Kraft“. Wirtschaftlich betrachtet, entfällt ein jedes Lebensjahr von 10. Lebensjahren ab 900 Arbeitstage; wobei auch die möglichen Arbeitsstage der Strafanwärter nicht unerachtet zu lassen wären. Nach der amtlichen Abstimmung der neuzeitiger Jahre (1881 bis 1900) ergab sich für das männliche Geschlecht eine mittlere Lebensdauer von 40,56 Jahren und für das weibliche von 43,97 Jahren. Diese Lebensdauer hat innerhalb der vorbeigegangenen zwanzig Jahren nur geringfügig abgenommen. Trotzdem stehen wir noch immer hinter den meisten Kulturstädten zurück. Zur Schande, wo die Wissenskästen am günstigsten liegen, beträgt die mittlere Lebensdauer für das männliche Geschlecht 50,91 und für das weibliche Geschlecht 53,63 Jahre. Sie ist also um viele zehn Jahre höher als bei der Bevölkerung des Deutschen Reiches. Sünftiger zeigen die Feststellungen des Statistischen Landesamtes für Preußen, wonach im Jahrzehnt 1906 bis 1910 die mittlere Lebensdauer des männlichen Geschlechtes auf 50,42 und beim weiblichen Geschlechte auf 50,03 Jahre geliegen ist.

Zum übrigen haben wir nun einen beträchtlichen Überschuss an Männern zu rechnen, der 1913 838 800 Personen beträgt. Der uneheliche Geschlechtsverkehr wird dadurch vorwiegend freier angesehen und stützlich anders gewertet werden. Das Moralische kann hier nicht darin bestehen, das gesellschaftliche Ansehen der unehelichen Mutter und ihres Kindes herabzudrücken; denn um uneheliche und pflichtstiftende Mutter zu sein, dazu gehören stützlicher Mut und Kraft. Wichtig ist die Pflichtverpflichtung eines jeden Vaters zu handeln und geistlich zu verhindern. Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten erfordert Volksaufklärung und entsprechende Maßnahmen der Gesetzgebung, wobei ohne strenge und schonende von Personen gegen jedes gewissenlose Handeln vorgegangen werden müssen.

Wie der Krieg gezeigt hat, sind viele Personen nicht nur bis zum vierzigsten Jahre — sondern bis zum sechzigsten Jahre und darüber hinzu arbeitsfähig und haben hinter der Front in Kap. und Kapitänschiffen ihre Pflicht erfüllt. Deshalb müssen die leitenden Kreise bei ihren bevoelkerungspolitischen Zielen darauf bedacht sein, die durchschnittliche Lebensdauer der Bevölkerung durch wissenschaftliche Erforschungen auf 60 bis 65 Jahre zu erhöhen. Bei diesen Maßnahmen gehört auch der gewerbliche Arbeiterschluß. Den Gewerkschaften mit ihren praktischen Erfahrungen wird ein nicht unbedeutlicher Teil dieser Aufgaben aufallen.

G. Heine.

### Weitblickende Gewerbepolitik.

Wie haben über die Tarifbewegung im Holzgewerbe in den letzten Jahren die Verhandlungen verlaufen? Mit dem nochmaligen Auftreten, der aus der Feder eines genauen Kenner dieser Bewegung kommt, will uns unser Konsortium einmaß die großen Ältesten der Tarifpolitik des Holzarbeiterverbandes sagen, was sie wollen. Bei dem bekannten Zusammenspiel des Tarifkonsortiums und des Gewerkschaftsverbandes der Baumwollarbeiterverbände und den Baumwollarbeiterverbänden auf dem Gebiete der Tarifpolitik wird unser Kollegen ein Einsicht in die Tarifpolitik des Holzarbeiterverbandes nicht unmöglich sein.

Die Redaktion.

Ende November ist im Holzgewerbe eine Vereinbarung zustande gekommen, wonach die zum 15. Februar 1918 ablaufenden Tarifverträge um ein Jahr verlängert werden. Die Arbeitern sind Teuerungszulagen von je 5 J. am 15. Februar und am 1. April 1918 angeleitet; es sind Mindestlohnabschlüsse für die bestehenden sechs Tarifklassen festgelegt worden, und zugleich wurde die für jede Tarifklasse maßgebende Arbeitszeit definiert. Endlich wurden auch die Vertragszulagen für diese Tarifklassen neu berechnet. Durch diese Vereinbarung wurden Verhandlungen, die seit Jahren bestanden hatten, zu einem gewissen Abschluß gebracht und gleichzeitig die Grundlage gelegt zu einer Regelung der Arbeitsbedingungen, die dem ganzen Gewerbe zum Vorteil gereichen wird.

Die großzügige Tarifbewegung in der Holzindustrie dauert seit dem Jahre 1907. Damals glaubte ich, daß seit einigen Jahren bestehende Arbeitszeitverhandlungen für das deutsche Holzgewerbe fast genug, den ihm so vertrauten Deutschen Holzarbeiterverband zu Räten treiben zu können. Er initiierte eine Auspaltung, die sich zunächst auf Berlin erstreckte, in die aber immer mehr Städte hinzugezogen wurden. Als sie nach einigen Monaten aufgehoben werden mußte, erkannte die Unternehmensgruppe, daß der Gewerkschaft auf diese Weise nicht hinzukommen sei. Schön bei den Friedensverhandlungen verhandelten die Tarifvorstände der beiderseitigen Organisationen, die Konsolidierung derselben zusammenzutreffen, um allgemeine Streitpunkte zu beraten und möglichst friedlich zu regeln. An den Araggen, deren Regelung abschließend in Angiff genommen wurde, gehörte auch die Klasse 1 =

einteilung der Städte nach der Arbeitszeit. Hierfür wurden im Herbst 1907 Grundzüge formuliert. Die Umsetzung dieser Grundzüge in die Praxis begreift aber vielen Schwierigkeiten; sie ist eigentlich erfüllt gelungen.

Zu der Holzindustrie gibt es keinen Reichstatistik. Seit dem Jahre 1907 haben über die Verträge wohl zahlreiche Verhandlungen statt, die Verträge werden aber unmittelbar zwischen den Ortsvertretern abgeschlossen. Im Laufe der Jahre ist, gegen den starken Widerstand der Unternehmer, die ältere Form im Bereich der Verträge wesentlich vereinfacht worden; ihr Inhalt zeigt aber, besonders hinsichtlich der Hauptpunkte, Arbeitszeit und Lohn, große Unterschiede; nicht zu geringe und kleinen und kleinen Städten, in den verschiedensten Landesteilen, zwischen Städten, die unterschiedliche geistige und körperliche Beschäftigungen hatten, unterliegen verschiedene Arbeitszeiten und Vergütungslöhne. Das erklärt sich aus der Entwickelungsschichte der Tarifbewegung, die ursprünglich mehr oder weniger genau formuliert, Abmildungen der örtlichen Bedingungen waren. Allmählich wurden immer mehr Verträge in die centrale Regelung eingesetzt; Rückständigkeiten, die manchmal von ihnen aufgestellt, ließen sich aber nur schwer befreien. Das hätte zur Voraussetzung gehabt, daß die Unternehmer an den fraglichen Orten Regeländerungen machen, die über das allgemeine Maß beträchtlich hinausgehen. Dazu ist aber in der Regel wenig Neigung vorhanden.

Schon in der Friedenszeit haben sich die Zentralverbände bemüht, wenigstens hinsichtlich der Arbeitszeit, größere Gesetzbpunkte zur Anwendung zu bringen. Man ist dabei auf den Ausweg verzettelt, für manche Städte die Arbeitszeit nicht nur für die nächste, sondern auch für die folgenden Jahre einzuführen. Eine Möglichkeit, die einige Städte in die Praxis brachten, war es möglich, mehrere Tarifverträge zu regeln. Dadurch war es möglich, mehrere Tarifverträge in einem einzigen Tarifvertrag einzuführen. Allmählich wurden immer mehr Verträge in die centrale Regelung eingesetzt; Rückständigkeiten, die manchmal von ihnen aufgestellt, ließen sich aber nur schwer befreien. Das hätte zur Voraussetzung auf diesen Grundlagen noch recht weit entfernt. Bei der Gestaltung der Tarifverträge im Holzgewerbe in den ersten Kriegsjahren konnte erst im Jahre 1916 an einer kräftigen Vorstoss gedacht werden, und dieser konnte nach Lage der Dinge auch nur die Erhöhung der Löhne zum Gegenstand haben. Die eingetretene Teuerung machte aber auch eine starke Lohnsteigerung unabdingbar. Direkte Verhandlungen zwischen den Parteien führten zu keinem Ergebnis; sie wurden schließlich vor dem Reichsamt des Innern am Abstich gebracht. Die dort am 10. November 1916 getroffene Vereinbarung brachte nicht nur eine beträchtliche Erhöhung der Löhne, sie bewirkte auch eine leichtere Anpassung an den Wert zu einer einheitlichen Lohnregelung. Wähler waren in den Verträgen Lohn normiert, die zwischen 35 und 67 J. schwanken. Nun wurde vereinbart, es 30 bis 51 J. zu belassen. Nun wurde unterteilt, die Städte mit einem Vergütungslohn bis zu 45 J. Bei der Tarifvertragsabschluß blieb niedriger war, wurde er auf diesen Wert erhöht. Dazu kam eine Teuerungszulage von 5 J., so daß der Vergütungslohn der untersten Klasse auf 55 J. stieg. Für die folgende Zulage wurde bestimmt, daß die Städte mit einem sechzehigen Tarifvertrag von 46 bis 50 J. kommen. Die Löhne wurden zunächst auf 50 J. aufgerundet; dazu kam ein Zuschlag von 18 J., so daß der Vergütungslohn mit der Teuerungszulage auf 68 J. stieg. An der gleichen Stelle wurde die Vergütungslöhne in den übrigen Städten auf 5 J. aufgerundet und dazu Zuschläge von 18 J. auf 55 J. aufgerundet und dazu 5 J. auf 60 J. bewilligt. Damit waren diese Lohnzulagen mit dem Vergütungslohn von 65 bis 85 J. gegeben. Die Klasse, die die einzige Klasse zugewiesen wurde, ergab sich aus dem sechzehigen Tarifvertrag.

Hierfür waren Unmöglichkeiten und Unvereinbarkeiten nicht zu vermeiden. Wieder keiner ausreichendes Ort, bei einer kräftigen Lohnsteigerung längst reif gewesen wäre, fand auf Grund des sechzehigen Vergütungslohnes in einer zu niedrige Klasse. Auch bewirkte die Aufzuführung des sechzehigen Tarifvertrages, daß Städte, die bisher vielleicht nur um einen Penny auseinander waren, nun in verschiedenen Klassen lagen. Diese Unzulänglichkeiten, die von beiden Seiten als solche anerkannt wurden, mußten zunächst in den Kauf genommen werden. Im Sommer 1918, als wegen einer neuen Teuerungszulage vor dem Kriegsamt verhandelt wurde, erklärten die Arbeitgeber, daß die im Tarifvertrag der Städte eine Vertragsänderung bedeutet, die mit den vorherigen Verhandlungen anfänglich der im Herbst 1907 geschlossene Tarifvertragneuerung vorbehalten sollte. Die Arbeitgeberwerte hörten willens, gleich auch über die Verlängerung der Verträge zu beschließen, und sie hatten deshalb eine Teuerungszulage von 5 J. gefordert. Sie erklärten sich aber bereit, auf den Wunsch der Unternehmer einzugehen und später die Zulage zu fordern, die jetzt nicht zu erreichen war.

Die Vereinbarung vom 8. August 1917 brachte den Arbeitern wiederum eine Teuerungszulage von 15 bis 20 J.; doch fanden die höheren Zulagen, die im Herbst 1907 geschlossen worden waren, diesmal den höheren Lohnabschlüssen, die um 15 J. erhöht wurden. Die Mindestlöhne wurden auf Grund des sechzehigen Vergütungslohnes in einer zu niedrige Klasse. Auch bewirkte die Aufzuführung des sechzehigen Tarifvertrages, daß Städte, die bisher vielleicht nur um einen Penny auseinander waren, nun in verschiedenen Klassen lagen. Diese Unzulänglichkeiten, die von beiden Seiten als solche anerkannt wurden, mußten zunächst in den Kauf genommen werden. Im Sommer 1918, als wegen einer neuen Teuerungszulage vor dem Kriegsamt verhandelt wurde, erklärten die Arbeitgeber, daß die im Tarifvertrag der Städte eine Vertragsänderung bedeutet, die mit den vorherigen Verhandlungen anfänglich der im Herbst 1907 geschlossene Tarifvertragneuerung vorbehalten sollte. Die Arbeitgeberwerte hörten willens, gleich auch über die Verlängerung der Verträge zu beschließen, und sie hatten deshalb eine Teuerungszulage von 5 J. gefordert. Sie erklärten sich aber bereit, auf den Wunsch der Unternehmer einzugehen und später die Zulage zu fordern, die jetzt nicht zu erreichen war.

Die Vereinbarung vom 8. August 1917 brachte den Arbeitern wiederum eine Teuerungszulage von 15 bis 20 J.; doch fanden die höheren Zulagen, die im Herbst 1907 geschlossen worden waren, diesmal den höheren Lohnabschlüssen, die um 15 J. erhöht wurden. Die Mindestlöhne wurden auf Grund des sechzehigen Vergütungslohnes in einer zu niedrige Klasse. Auch bewirkte die Aufzuführung des sechzehigen Tarifvertrages, daß Städte, die bisher vielleicht nur um einen Penny auseinander waren, nun in verschiedenen Klassen lagen. Diese Unzulänglichkeiten, die von beiden Seiten als solche anerkannt wurden, mußten zunächst in den Kauf genommen werden. Im Sommer 1918, als wegen einer neuen Teuerungszulage vor dem Kriegsamt verhandelt wurde, erklärten die Arbeitgeber, daß die im Tarifvertrag der Städte eine Vertragsänderung bedeutet, die mit den vorherigen Verhandlungen anfänglich der im Herbst 1907 geschlossene Tarifvertragneuerung vorbehalten sollte. Die Arbeitgeberwerte hörten willens, gleich auch über die Verlängerung der Verträge zu beschließen, und sie hatten deshalb eine Teuerungszulage von 5 J. gefordert. Sie erklärten sich aber bereit, auf den Wunsch der Unternehmer einzugehen und später die Zulage zu fordern, die jetzt nicht zu erreichen war.

Bei den Verhandlungen im Herbst 1917, die zur Verlängerung der Verträge bis zum 15. Februar 1918 führten, kamen die Parteien ohne fremde Hilfe zum Ziel. Die neue Teuerungszulage von 10 J. wurde in zwei Raten bewilligt; für Arbeiterrinnen und jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren betrug sie allerdings nur 5 J. Aber die vergüteten Mindestlöhne wurden neuerdings erhöht. Das wichtigste Ergebnis der Verhandlungen war die neue Vergütung





Kreisfes Galau zurückzuführen. In eingelenkten Fällen mußte bei Jüder, Seite, Tiere monatlang auf die zulässige Auskultationierung geworbet werden. Es ist dann kein Wunder, wenn sich aus diesen Anläufen eine berechtigte Klärungsmannschaft, die unserer Meinung nach verhindern werden könnte. Wenn im Anfang von der Kreisleitung gestellt geachtet werden könnte, daß die Lebensmittelverarbeitung einen solchen Zweck hat, nicht eingestellt sei, so kann nach einem entsprechenden Bericht in der Vertrags kommen. Es muß deshalb gelöst werden, ob die Leitung des Kreises Galau in der Lebensmittelverarbeitung etwas vermag, was und bis heut nicht in der Lage gewesen ist. Auf der Seite des Lautenswerts wäre an zu beantragende Maßnahmen

Gipser und Stuccateure.

**Düsseldorf**. Nach längere Zeit fand am 28. April wieder eine gesetzliche und gebräuchliche Versammlung der Stoffstute und Büter statt. Das neue Modell erfasste den in dem nächsten Bericht dieses Kapitels nicht mehr behandelnd zu werden braucht; die Kreisleitung von Galati war mit dazu beitragen. — Die Mitgliedsbeiträge betragen am Jahresende 1929 Kollegen, am 31. März waren 2757 Mitglieder vorhanden. Davon sind 414 zugestellt und 733 neuangemessen worden. Die Einnahmen der Hauptkasse liegen jetzt auf „M. 15 182,90“ und die Betriebskasse auf „M. 948,90 und an Steuerbereinigungskassen auf „M. 330“ ausgezogen worden. Die Rottalofse hatte am Schluss des zweiten Quartals einen Betrag von „M. 7112,44“. Der Betrag im ersten Quartal eine Einnahme von „M. 5637,60“. Die Gesamt- einnahme betrug also „M. 13 280,44“, die Ausgabe „M. 3066,88“. Die Rottalofsenkasse „M. 10 223,20“. Die Jugendabteilung hatte 41 Mitglieder und eine Einnahme von „M. 47,60“. Der Geschäftsführer war in dem Berichtzeitraum 87 Tage im Bureau beschäftigt und 32 Tage außerhalb tätig war. Von der Bevölkerung ist bis jetzt keine wie weiteres 333 Neuauflagen erhältlich. In diesem Jahre 1930 neue Mitglieder gewonnen sind. Dieser genügt Erfolg ist ein wichtiger Beitrag zur wirtschaftlichen und Berufsvereinsarbeit zu erzielen. Es muß der Aufsicht zu neuen Erfolgen anregen, daß jeder an seinem Posten vollauf seine Pflicht erfüllt, dann wird und muß es uns gelingen, restlos die unorganisierten Berufsschaffenden dem Verbände zuzuführen. In fünf Mitgliederversammlungen nahmen die Kollegen im Zweigverein Düsseldorf eine Verhandlungsstellung, und zwar in Gelsenkirchen, Bad Fredeburg, Bochum und Düsseldorf. Bei diesen Versammlungen wurde das Verhalten des Angestelltenverbandes kritisches und ablehnend eingewertet. Die Kollegen fordern als Leiter der Sektion die bestreite Rechte zu gestanden werden, wie den übrigen Zweigvereinsverbänden. Weiter wird verlangt, das Trademark keinen Preisen als Angesteller niedergelegt.

Bom Bau

**Urfälle.** Am 25. April wurde der Bauhofsarbeiter Alois Singzinger auf dem Neubau der Bautzerna Stöhr (Kriegsmaterialwerke) in München von einem Rollwagen überfahren. Er erlitt an ganzen Körper schwere Duetzungen und mußte von der Baustelle ins Krankenhaus überstellt werden.

## Erstattung von Reiseosten an Hilfsdienstpflichtige

**plüchtige.**  
Das Kriegsamt gibt bekannt, daß Höflichkeitsschlußigkeiten die gemäß § 7 der Bundesstaatsverordnung vom 13. November 1914 aufgestellt werden, zu den dort bezeichneten Orten, insbesondere zur ärztlichen Untersuchung personell und wirtschaftlich einberaubungsbausäuslich zu erscheinen, von dem, wie die Erteilung des Hin- und Rückreisefestes verlangen können, sofern sie nicht am Ende des Einberaubungsaufschlusses wohnt. Die Entfernung zwischen dem Wohnort des Höflichkeitsschlußigkeiten und dem Ende Einberaubungsaufschlusses wird mit 6 km, bis 6 km, im dem Höflichkeitsschlußigkeiten jedoch ein Verhältnisvorspruch nur zu, wenn die Benutzung eines Verhältnisvorspruchs aus besondren Gründen, insbesondere wegen der persönlichen Zustand des Höflichkeitsschlußigkeiten, erforderlich erscheint. Die Erfüllung der Reisefosten kann abgelehnt werden, wenn der Höflichkeitsschlußigkeiten wirtschaftlich unzureichend oder wirtschaftlich unvollständig Angaben über seine persönlichen, wirtschaftlichen oder gesundheitlichen Verhältnisse gemacht und dadurch die Ladung zum persönlichen Er scheinen veranlaßt hat.

## **Arbeitslohn und Arbeitszeit nach dem Kriege.**

In einem von Völkis und für Freiheit und Nationalität verantworteten Worte sprach Ludwig Professor: „**Gute Freiheit**, München, über Arbeitslosigkeit und Arbeitslosigkeit nach dem Kriege“. Er beleuchtete in eingehenden Darlegungen, ob noch nach dem Kriege durch eine Herabsetzung der Arbeitslöhne, die vielmehr als notwendig betrachtet wird, der Arbeitsaufbau unseres Wirtschaftslebens gefördert werden kann, oder ob nicht vielmehr gerade in allgemein wissenschaftlichen Untersuchungen ein Maßstab an hohen Löhnen geweckt werden muss. Brentano zeigte, daß theoretische Ergebnisse und vorwiegend von physiologischen Forschungsergebnissen und praktischen Erfahrungen den Sachverhalt haben, daß niedrige Röhne und lange Arbeitszeit schlecht und wenig Arbeitsleistung fördern; ebenso ist ein hoher Lohn und kurze Arbeitszeit gute und gescheße Arbeitsförderung im Geiste haben. Wäßgand fröhlt über volkswirtschaftliche Schriftsteller die Lehrer vertreten worden, in das es möglich ist niedrige Löhne zu haben, das Leben zu leitern und möglichst hohe Steuern aufzuschreiben, um den Arbeitgeber mit Fleiß anzuporzen, hat man in neuerer Zeit die Beschaffenheit dieser Maßnahmen erkannt. Innerhalb gewisser Grenzen gilt vielmehr, daß eine Intensivierung der Arbeit verlängerte Arbeitszeit durchweg zu höheren Ergebnissen und damit auch zu einer Verbesserung der Arbeit führt; ebenso bringt eine Lohnsteigerung innerhalb gewisser Grenzen eine Steigerung der Arbeitsleistung; auch ist sie nur, volkswirtschaftlich und privatwirtschaftlich betrachtet, nur vorübergehend nützlich für Arbeitgeber wie für Arbeiter. Längere Arbeitstage und hohe Gratmiete ermöglichen kostengünstigere Arbeitsförderung. Die Grenzen der Intensivierung der Arbeit liegen doch vor der gefährdeten Arbeitsleistung eines Kräfteverbrauchs bedingt, der durch Masse und Ersättigung nicht mehr in ausreichendem Maße ausgeglichen

Bestimmungen der Polizei nicht miteinander übereinstimmen, die Regierung habe diesem Wunsche Rechnung getragen und beschäf. die Bauarbeiter bei der Verarbeitung bisher nicht geschädigt. Die Bauarbeiter drängten nun darauf, daß ein weiterer Schulz für sie geschaffen würde, so daß sich während des Krieges gezeigt habe, daß auch die Unfälle mit Todesfolge in ganz erfreulicher Weise gesunken haben. Der Grund liege meistens in dem Mangel an ausgereiftem Kontrollpersonal; es werde überall gefordert, daß die Betriebsverhältnisse, die in Kraft standen, von den Unternehmern nicht genügend berücksichtigt würden. Des Weiteren kommt im Gebiete der Gefahren besonders erhöhte, meisthalb ein besonderes wachhabendes Auge auf die in neuerer Zeit besonders erweiterten Eisenkonstruktionen und Eisenbahnunterständen, welche erhebliche Baufälligkeiten entstehen, wäre es sehr zu wünschen, daß die entsprechenden Behörden die Durchführung gefunden hätten. Gelsk forderte namens der Kommission, den Antrag der folgenden Gesellschaften zu unterstützen. In der Ausprache über diesen Antrag führte der sozialdemokratische Abgeordnete Strobel nach dem vorliegenden Ertwurk unter anderem aus:

„... der gegenwärtigen Steuerung unter ordnen aus: „Für den nachdrücklichen Krieges beginnigt des Bauarbeiterfuchtschaften gelten, weil die Bauaufsicht im allgemeinen lehrlingsmäig ist, und dadurch kontrollierbar verhindert werden. Wohl während des Krieges muss Vorlage erneut gemacht werden, da die Einführung des Friedens, und da muss aufgeschoben werden, da die Verordnung für Baden vom Jahre 1904 nicht mehr geltendmäig ist, sondern veraltet ist, denn die dort getroffenen Bestimmungen bieten keinen wirksamen Schutz vor dem Bauarbeiter, wie das erforderlich ist. Der Bauarbeiter mit großes Interesse daran, schon während des Krieges die Bewilligung des Friedens zu erhalten. Ein Riegel der Verordnung für Baden 1904 ist, daß man die Kontrolle über einen nicht mehr bestehenden Betrieb nicht nimmt. Es ist Zeit gekommen, auch hier eine entsprechende Maßnahmen einzunehmen. Der § 49 der Verordnung über den Bauunternehmer bezieht hinsichtlich in seinem letzten Absatz, daß Bauarbeiter dürfen mehr ein eigenes Bewegsrecht betreiben, noch in einem Friedensbetrieb stehen.“ Damit ist es einem Bauarbeiter unmöglich, selbst Kontrolle zu sein. Ein Erfolg des Ministeriums des Innern vom Jahre 1910 wird das ausreichend aus, indem dort gefragt wird: „Die rechtliche Beweisung von Bauaufsichtsbeamten aus einer Betriebsleitung würde daher, da diejenigen die nötigen theoretischen Kenntnisse abgehen, nicht genügen; wohl aber können solche Aufsichtsbeamten gebildet werden, welche durch Unterlieferung mit gutem Erfolg die gebildeten Beamten der Bauaufsicht als Kontrolloren dienen.“ So nur beigegeben will man den Arbeitern als Kontrolloren dienen. Der Einwand, daß den Arbeitern die theoretische Bildung abginge, gilt heute nicht mehr, denn auch im Bauwesen ist die Tatsache zu verzeichnen, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft die Meisterprüfung ablegt, und die Meisterprüfung erfordert auch theoretische Kenntnisse, so daß der größte Teil der Bauarbeiter heute auch über die theoretischen Kenntnisse ohne weiteres verfügt. Wenn jedoch nichts mehr Wort, „Was kann dem Lüftigen?“ wohlgemerkt werden kann, so kann es jetzt geschehen, indem die Möglichkeit geöffnet wird, die Arbeiterschaft auf Controlluren zu berufen. Die weiteren umfangreichen Ausführungen in dieser Verordnung vom Jahre 1904 sind die bei den Ge rü st bau u. die Stärke der Ständer, und die Anordnungen, über das Überhandmauen, die Hänge- und Inneneisen usw. Die Bestimmungen genügen nicht mehr. Außerdem sieht die bestehende Verordnung keine Vorlesungen vor über Eisenbeton- und Eisenkonstruktionsbauten. Die riesige Entwicklung der Eisenbetonbau nahm, bedingt auch besondere Vorschriften, denn gerade die Steigerung der Unfallgefahr des Eisenbetonbaus ist sehr groß, und es ist hier unbedingt eine weitere Vorlage zu treffen, um auch hier den Bauarbeiter zu schützen, und zu gewahren, daß sie noch zu verlangen ist, was ich eben gesagt habe.“ In Berbot der Frauenarbeitur möglichst bald endricht. Es scheint eine Notwendigkeit zur Bekämpfung der Frauen im Bauwesen nicht gegeben. Man möge auf das Leben und die Gesundheit der Frauen erhöhte Sorgfert legen und darauf hinweisen, daß die Frauenarbeit verhindert wird. Das Bauwesen eignet sich nicht für

Auch der Zentrumsbegründete Meinhardt trat für die Freiheit aus den verschiedenen Gründen ein. Nach dem Zentrumsbegründete Meinhardt trat für die Freiheit aus den verschiedenen Gründen ein. Auch der Zentrumsbegründete Meinhardt trat für die Freiheit aus den verschiedenen Gründen ein. Rammes der Regierung erklärte dann Herr Regierungsrat Dr. Ficht, die Verordnung hoffe, daß den Wünsche, die Verordnung bald zu erfüllen, entsprechen würden können. Es würden die Anstrengungen, die von den Vorretern der Hoffnung einziger leidlicher Brüder im einzelnen getragen werden, genauso leicht überwunden werden. Die Befreiungskampf gegen die Feinde blieben zur Aenderung der im Jahre 1914 bereits bestehenden Verordnung. Darauf wurde der sozial-ökonomische Antag von Landtag einstimmig angenommen. Nach der Erfaltung des Regierungsbeschlusses darf man nun wohl hoffen, daß Woden auf dem Gebiete des Bauarbeiterkrieges bald einen Schritt vorwärts treten wird.

Gewerkschaftliches.

**Grundzüge für eine Arbeitsgemeinschaft im Stein- und Plastergewerbe.** Der Verband der Steinleger, Fästerer und verhandlenden Berufsgenossen hat hierfür die Lehrerbemerkungsorganisationen des Steinleger- und Plastergewerbes, das Deutstättische unterbreitet, die die Erörterung darüber in einer Gewerbegemeinschaft für dieses Gewerbe in Vroß hat. Da im Deutstättische wird einleitend darauf hingewiesen, daß die Deutstättische Kriegs- oder Arbeitslosenversicherung und ähnlichen Dingen keine Arbeitsgemeinschaften mit dem Ziel vorzugsweise geleistet haben, und daß eingelöste von ihnen heute noch bestehen, wenn sie auch, abgesehen der Arbeitnehmerüberflut in einem starken Arbeitseck ungefährlich sind, keine andere Aufgaben haben, sei nun vorausgeschoben, daß für das Steinleger- und Plastergewerbe weniger Jahre nach dem Kriege wieder beide Seiten können, Seiten der Kreise und der Arbeitslosenversicherung



## Zweigverein Neuruppin.

Otto Bergemann, M. Nieterwer, Inf.  
Wolff Gressl, M. Radensleben, Infanterist.  
Rudolf Krüger, M. Brandendorf, Inf.  
Friedrich Reichelt, M. Brandendorf, Inf.

## Zweigverein Potsdam.

Friedrich Schäfer, M. Cottbus.  
Zweigverein Breslau.

Ludwig Langenow, Inf., gef. i. Glangenow.

Zweigverein Senftenberg.

Wihl. Richter, M. Hörliger Flur, Inf.

Zweigverein Spandau.

Friedrich Barthold, M. Spandau, Pionier.  
Michael Brockmann, M. Spandau, Pionier.

August Höller, M. Spandau, Infanterist.

Arthur Schmolz, M. Spandau, Infanterist.

## Bezirk Magdeburg.

Zweigverein Aken a. d. Elbe.

August Ege, M. Aken, Infanterist.

Nicholas Schröder, M. Aken, Infanterist.

Zweigverein Aschersleben.

Otto Döber, M. Aschersleben.

Hermann Kettner, M. Arnstadt, gest. i. Lügau.

Carl Maier, M. Wittenberg.

Otto Witzgräfe, M. Quedlinburg, Pionier.

Zweigverein Bremen.

Friedrich Grätz, M. Bremen, Infanterist.

Zweigverein Burg b. Magdeburg.

Heinrich Gercke, M. Schermbeck, Infanterist.

Zweigverein Cöthen.

Franz Boos, M. Schmölln.

Otto Görlich, M. Trebbin, Inf.

Franz Jäger, M. Werderhain.

Hermann Bitter, M. Großlobzig.

Zweigverein Döbern a. d. Müritz.

Wilhelm Bisch, M. Bördel, Obermarien.

Karl Lehmann, M. Schwentini, Infanterist.

Zweigverein Gommern.

Otto Blume, M. Plötzkau, M.-G. Komp.

Otto Rudloff, M. Gommern, Infanterist.

Zweigverein Halle a. d. Sa.

Paul Haaf, M. Döbel, Infanterist.

Paul Leopold, M. Halle a. d. S., Infanterist.

Wilhelm Reußfeld, M. Halle a. d. S., Infanterist.

O. Thielemann, M. Al. Angeln, Musketier.

Zweigverein Lüchow.

Hermann Fehse, M. Döblitz, Infanterist.

Zweigverein Magdeburg.

Otto Götter, M. Magdeburg.

Heinrich Haase, M. Magdeburg.

Wilhelm Höhne, M. Bördel, Infanterist.

Gustav Heuer, M. Magdeburg.

Otto Kühn, M. Magdeburg.

Albert Schmidt, M. Trebelen.

Karl Witte, St. Dessau.

Zweigverein Naumburg.

Gustav Hartmann, M. Naumburg, Inf.

Paul Sanger, M. Naumburg, Infanterist.

Zweigverein Osterburg.

Otto Hildebrandt, M. Osterburg, Inf.

Wilhelm Bachau, M. Osterburg, Pionier.

Emil Schartau, M. Wiesberg, Infanterist.

Zweigverein Tangerhütte.

Heinrich Meissel, Tangerhütte.

Zweigverein Wittenberg-Coswig.

Franz Kühn, M. Coswig, Infanterist.

Alfred Döck, M. Zehna, Infanterist.

Dietmann Eickert, H. Stadtroda, Infanterist.

Louis Kirchmann, M. Bittenau, Infant.

Louis Richter, M. Seehausen, Infanterist.

Gustav Wolter, M. Petersh., Infanterist.

Zweigverein Jerstädt.

Franz Kühn, M. Jerstädt, Infanterist.

Paul Lehmann, M. Stedten, Infanterist.

Zweigverein Apolda.

Wilhelm Siebing, M. Niederschloß.

Zweigverein Bamberg.

Heinrich Peter, M. Frauenpribislaw, Inf.

Otto Walter, M. Heinrich, Infanterist.

Zweigverein Coburg.

Max Körtsch, M. Oberfrankenbach, Artillerist.

Max Mahr, Z. Coburg, Sanitäter.

Alb. Weisenauer, M. Freihofslach, Infant.

Gustav Bitter, M. Ahorn, Infanterist.

Zweigverein Crails.

Otto Meh, M. Herbolzen.

Paul Werner, M. Stedten.

Zweigverein Gera.

Oskar Baum, M. Noben, Infanterist.

Paul Bürke, M. Gera, Infanterist.

Albrecht Dautie, M. Woretz, Infanterist.

Friedrich Fischer, M. Gera, Infanterist.

Otto Heitland, M. Gera, Infanterist.

Oskar Kräfke, H. Niederdorf, Infanterist.

Ernst Alois, M. Gleina, Infanterist.

Zweigverein Hainrode.

Karl Schäfer, M. Groß-Bernsdorf, Inf.

Zweigverein Jena.

Karl Blumtritt, M. Riederhofstrasse, Infant.

Otto Döls, M. Kunis, Jäger.

Gustav Leibnitz, H. Zella, Infanterist.

Robert Reichelt, M. Zella, Infanterist.

Karl Schauvölk, M. Ulfenstedt, Inf.

Zweigverein Kahla.

Zweigverein Karmen a. Elbe.

Friedrich Bertram, M. Karmen, Pionier.

Richard Müller, M. Kahl, Jäger.

Alfred Möller, M. Hellingen, Infanterist.

Zweigverein Meiningen.

Hermann Bonderius, M. Welsdorf a. d. W.

Zweigverein Schleiz.

Hermann Pohl, M. Mödlitz.

Otto Scher, M. Mödlitz, gest. im Laz.

Zweigverein Frankfurt a. M.

Zweigverein Aschaffenburg.

Heinrich Ecker, H. Langstadt.

Karl Eicker, H. Königshofen.

Martin Ober, H. Königshofen.

Edward Rohland, M. Aschaffenburg.

Eduard Weißel, M. Waldshut.

Zweigverein Gafel.

E. Bachmann, H. Landwehrhafen, Inf.

André Büller, M. Gafel, Infanterist.

Diego Herbold, M. Großenbrüder, Inf.

Wolfgang Herbold, M. Elgershausen, Inf.

Edgar Kast, M. Elgershausen, Inf.

Heinz Kraatz, M. Elgershausen, Infanterist.

Heinz Krug, H. Elgershausen, Inf.

Jakob Ohlwein, M. Gafel, Infanterist.

Georg Schmidt, M. Altenritte, Infanterist.

Georg Schwarz, M. Elgershausen, Infanterist.

Friedrich Seitz, H. Elgershausen, Infant.

Heinz Weißel, M. Elgershausen, Infanterist.

Heinz Weißel, M. Innenhausen, Inf.

Heinrich Wöhrel, M. Elgershausen, Infanterist.

Heinz Wöhrel, M. Elgershausen, Infanterist.

